

Zitierhinweis

van Meurs, Wim: review of: Iva Lučić, Im Namen der Nation. Der politische Aufwertungsprozess der Muslime im sozialistischen Jugoslawien (1956–1971), Uppsala: Uppsala Universitet, 2016, in: Südost-Forschungen, 75 (2016), p. 301-303, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/1db285c1ba824dc8aeb6c772434db757>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Iva LUČIĆ, Im Namen der Nation. Der politische Aufwertungsprozess der Muslime im sozialistischen Jugoslawien (1956-1971). Uppsala: Acta Universitatis Upsaliensis 2016 (Studia Historica Upsaliensia, 256). 335 S., ISBN 978-91-554-9547-3, SEK 293,–

Kommunistische Regime betrachteten Nationen und Nationalismus als ewig gestrige Phänomene, die im neuen Heilsstaat ihre Bedeutung rasch verlieren würden. Nicht nur Gorbačëvs Analyse des spätsowjetischen Nationalismus war von großem Unverständnis geprägt. Auch Titos Jugoslawische Föderation tat sich bei der Einschätzung der künftigen Entwicklung der Staatsnationen der Slowenen, Kroaten und Serben schwer. Ungleich komplizierter war aus der Sicht Belgrads der Sonderfall einer muslimischen Nation in Bosnien, die auf Religion statt auf Sprache oder Abstammung basieren sollte. In den Anfangsjahren der Föderation galt diese Bevölkerungsgruppe noch als „national unbestimmt“, aber bereits einige Jahre vor der neuen Verfassung von 1974 ging die KPJ dazu über, die Muslime als eigenständige Nation anzuerkennen. Iva Lučić stellt sich den evidenten, aber noch kaum beantworteten Fragen nach dem *Warum* und v. a. nach dem *Wie* dieses Sinneswandels. Letztere ist im Grunde eine übergeordnete Frage nach der Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen und Überzeugungen im Einparteienstaat.

Die Historiographie zum Thema ist stark von der Nationsbildungsforschung der 1980er Jahre geprägt: Im Mittelpunkt standen dabei meist die Entstehung einer bosnischen/bosniakischen Identität, die dazugehörenden öffentlichen Diskurse und Statistiken der Volkszählungen. Die Anerkennung dieser Identität durch die Staats- und Parteiführung in Belgrad wird dabei nur am Rande betrachtet und geht zumeist von einem nationalitätenpolitischen Masterplan der KPJ aus. Im Gegensatz dazu widmet sich Lučić den parteiinternen Entscheidungsfindungen in Sarajevo und Belgrad, weitet aber die Forschung auch auf die Position der anderen Republiken und auf Muslime außerhalb der „eigenen“ Teilrepublik aus.

Positiv sollte erwähnt werden, dass sich die Autorin nicht zu unproduktiven theoretischen Kunststücken hinreißen lässt. Im 1. methodischen Kapitel befasst sie sich eher mit den Quellengattungen und deren Problemen als mit der Theoriebildung. Die Erläuterungen der Schlüsselkonzepte „framing“ und „political opportunity structures“ bleiben kurz (33-39) und unweigerlich abstrakt: Ziel der Analyse sei es, „die jeweils spezifischen Dimensionen im politischen System zu ermitteln, die die Handlungsmöglichkeiten der Akteure im Mobilisierungsprozess bedingen“ (38); „Akteure von kollektiven Handlungen ergreifen nicht nur politische Gelegenheiten, sondern können durch ihr Tun auch neue [...] sowohl für sich selbst als auch für andere Interessengruppen oder sogar ihre Gegner schaffen [...]“ (39). Schwer vorstellbar, dass diese allgemeinen Ansätze die Forschungsarbeit maßgeblich geprägt haben. Allzu oft soll die Aufblähung des theoretischen Rahmens die Dürftigkeit der darauffolgenden empirischen Forschung kaschieren. Das ist bei dieser Pionierarbeit keineswegs der Fall: Neben zahlreichen Dokumenten aus den Staatsarchiven in Belgrad und Sarajevo wurden zeitgenössische wissenschaftliche Aufsätze, Volkszählungen und Medienberichte als Quellen herangezogen. Zudem war es von großem Vorteil, wie sich im 2. Kapitel zum umfangreichen Forschungsstand zur jugoslawischen Nationalitätenpolitik und zum Föderalismus zeigt, dass die Autorin nicht nur die angelsächsischen, sondern auch die deutschsprachigen Studien berücksichtigen konnte, was in einer amerikanischen Arbeit

zum gleichen Thema alles andere als eine Selbstverständlichkeit wäre. Insgesamt ist dieses 2. Kapitel mit knapp zehn Seiten – angesichts des Anspruchs, den muslimischen Sonderfall in die gesamtjugoslawische Politik einzubetten – etwas zu kurz geraten. Der chronologische Aufbau der Arbeit in sieben Kapiteln ist eine pragmatisch nachvollziehbare Entscheidung, obwohl sie unweigerlich der von der Autorin an der älteren Historiographie kritisierten teleologischen Meistererzählung gelegentlich Vortrieb leistet. Das Bild einer schrittweisen Annäherung an den angestrebten Status der Republikstaatlichkeit erweckt den Eindruck eines Masterplans und drückt andersdenkende Stimmen und unbeabsichtigte Konsequenzen ungewollt in den Hintergrund.

In den Frühjahren des kommunistischen Jugoslawien dominierte die Erwartung einer selbstverständlichen Lösung der Nationalitätenfrage, indem sich z. B. Kroaten und Serben von ihrer ethnischen Nationalität aus zunehmend zur gesamtjugoslawischen politischen Nation bekennen würden. Im Falle der „unbestimmten“ Muslime wurde erwartet, dass sich diese erst für eine von diesen beiden ethnischen Nationen und erst später für die jugoslawische politische Nation entscheiden würden. Lučić zeigt im 3. Kapitel sehr schön, wie Parteikader in Sarajevo Mitte der 1950er Jahre die Belgrader Kritik an national-exklusivistischem Verhalten seitens der Serben, Slowenen und Kroaten „ummünzten“, um den Druck auf jedes muslimische Individuum, entweder serbisch oder kroatisch zu sein, anzuprangern. Damit wurde eine erste Öffnung für die Idee einer muslimischen Nation geschaffen, was gewiss nicht Belgrads Absicht gewesen war. Die Autorin tappt dabei nicht in die Falle, das Neuentdeckte zu überbewerten und so zu einem alternativen Masterplan hochzustilisieren. Diese ersten Versuche waren eben unkoordiniert und ergebnisoffen. Die Analysen zeigen, dass die Zahlen der Volkszählungen keine objektiven Belege für die erfolgte Entstehung einer bosnischen Nation waren, sondern politische Fakten schufen und dabei selbst in hohem Maße politisch gesteuert wurden.

Nach einer auch in anderen Forschungsarbeiten dokumentierten Phase der Orientierungslosigkeit und Heterogenität in der jugoslawischen Nationalitäten- und Geschichtspolitik wurden in den 1960er Jahren die Weichen gestellt. Typisch für die scharfe und zugleich subtile Analyse ist, dass die Autorin anhand der Quellen feststellt, dass der Parteiführung in Sarajevo bei ihrem Erfolg in der Durchsetzung der Kategorie „Muslim im ethnischen Sinne“ anstelle von „Jugoslawe ohne nationales Bekenntnis“ für die Volkszählung 1961 durch die geringe Aufmerksamkeit Belgrads für diese Frage geholfen wurde. Da sich auf Anhieb ein Viertel der Republikbevölkerung beim Zensus für diese Identität entschied, war aus einem Diskurs ein politisches Faktum geworden. Nachgeholfen hatte die Parteiführung bei der internen Debatte, indem sie einen Befehl aus Belgrad vortäuschte, den es, wie Archivrecherchen von Lučić belegen, wohl nie gegeben hat (85). Auch im Vorfeld der Volkszählung von 1971 entspannen sich komplexe Auseinandersetzungen zwischen Partei- und Staatsführung in Sarajevo und Belgrad unter Einbeziehung der anderen Republiken. Es ging dabei um die kategoriale Unterscheidung zwischen Muslimen im ethnischen und im religiösen Sinne. Letztere konnte es, wenn es nach Sarajevo ginge, im gesamten jugoslawischen Staat geben, erstere nur in Bosnien-Herzegowina. Sarajevo versuchte außerdem die Zahl der Registrierung in der nationalen Kategorie „Jugoslawe“ (ohne nationales Bekenntnis) zu verringern.

In den relativ ausführlichen Schlussfolgerungen bringt die Autorin als Fazit ihrer Forschungsfrage den Unterschied zur älteren Literatur auf den Punkt. Wenn man sich (zugegebenermaßen ohne den notwendigen Zugang zu den Archiven) mit den Endergebnissen politischer Entscheidungsprozesse zufriedengibt, entsteht alsbald das Bild einer zentral geplanten und umgesetzten Strategie. Lučić' Recherchen in den nun geöffneten Archiven zeigen, wie offen und mühsam der Prozess zu diesen Entschlüssen jeweils war. Angesichts des spannenden Themas und der klaren Erkenntnisse müsste man fast bedauern, dass gerade die ersten Kapitel der Studie nachdrücklich im Duktus einer akademischen Dissertation verfasst wurden. In den empirischen Kapiteln gelingt es der Autorin aber sehr gut, die Details der Parteidebatten präzise und nachvollziehbar zu analysieren, ohne dabei den Leser mit einer Fülle von Zitaten und Belegen zu überfordern. Insgesamt ist der bosnischen Akademikerin Iva Lučić an einer schwedischen Universität eine Studie gelungen, die inhaltlich wie sprachlich den Anforderungen des deutschsprachigen Wissenschaftsbetriebs voll und ganz genügt.

Kleve, Nijmegen

Wim van Meurs

Dušan NEČAK, „Ostpolitik“ Willyja Brandta i Jugoslavija (1963.-1969.) [Die Ostpolitik Willy Brandts und Jugoslawien (1963-1969)]. Zagreb: Srednja Europa/Ljubljana: Filozofska fakulteta Univerze v Ljubljani 2015. 279 S., zahlr. Abb., ISBN 978-953-7963-29-3, HRK 168,–

Willy Brandt zählt zu den bedeutenden Politikern der europäischen Geschichte nach dem 2. Weltkrieg. Er erhielt den Friedensnobelpreis für seinen Beitrag zur Entspannungspolitik im damals blockgeteilten Europa und auch wegen seines Kniefalls vor den Opfern des Warschauer Ghettos. Mit Jugoslawien unterhielt er eine stärkere Beziehung als mit vielen anderen Staaten, jedoch hat sich die (post)jugoslawische Historiographie mit ihm nicht ausreichend beschäftigt. Der Emeritus der Universität Ljubljana, Professor Dušan Nečak, guter Kenner der Nachkriegsgeschichte Deutschlands und der Beziehungen der zwei deutschen Staaten mit Jugoslawien, versucht mit dem vorliegenden Buch diese Lücke einigermaßen zu schließen. Nachdem er schon vor 14 Jahren ein Buch über die Hallstein-Doktrin und ihre Anwendung auf Jugoslawien in Form des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen aufgrund der jugoslawischen Anerkennung der DDR veröffentlicht hat,¹ befasst er sich in diesem Buch (das im slowenischen Original 2014 erschien)² mit der Abschaffung der Hallstein-Doktrin – wieder am Beispiel Jugoslawiens. Das Buch enthält ein Vorwort, zwei Hauptteile, ein Schlusswort und den Anhang. Der 1. Teil ist einführend und beschreibt das Entstehen der „Neuen Ostpolitik“. Der 2. ist der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien unter Willy Brandt als Außenminister der Großen Koalition gewidmet.

Der 1. Teil umfasst beinahe die Hälfte des Buches. Das mag zunächst viel erscheinen, ist aber nach Meinung des Rezensenten für das Verstehen des 2. Teils nötig. Teil 1 ist eine